

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dr. Jens Wolf, Franziska Grunwaldt,  
Dennis Gladiator, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Ortskenntnisse nutzen – Bezirkliche Gremien beim Bündnis für den Radverkehr aktiv einbinden und mit Entscheidungskompetenzen ausstatten**

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) hat, vertreten durch die Radverkehrskordinatorin, den Bezirksversammlungen vor Kurzem den Entwurf eines Bündnisses für den Radverkehr vorgelegt.

Wie die Fraktionen von CDU und SPD im Bezirk Harburg in einem gemeinsamen, aktuellen Antrag (Drs. 20-1473) und stellvertretend für alle Bezirke kritisieren, sind die Bezirksversammlungen im Vorwege über Einzelheiten weder informiert noch in irgendeiner Weise konsultiert worden. Gerade dies zeigt ein erhebliches Manko bei der Fertigung eines derartigen Entwurfs. Insbesondere wird dabei verkannt, dass der regionale Sachverstand bei der Verbesserung der Radverkehrssysteme gerade im Bereich des zuständigen bezirklichen Fachausschusses, der örtlichen Polizeidienststellen und der entsprechenden Fachabteilungen des Bezirksamtes vorhanden ist.

Leider enthält der vorgelegte Entwurf zwar viele Selbstverständlichkeiten, jedoch wenig konkrete Umsetzungsmaßnahmen für die Verbesserung des städtischen Radverkehrs. Darüber hinaus lässt er erkennen, dass die Entscheidungskompetenzen der bezirklichen Gremien erheblich beschnitten werden und strittige Fragen ohne Beteiligung von Öffentlichkeit und Bezirksversammlungen allein zwischen den betroffenen Behörden entschieden werden sollen.

Auch für Konflikte, die sich bei Erweiterung oder Neuanlegung von Fahrradwegen durch Wegfall von Bäumen oder Parkplätzen ergeben, sind keine hinreichenden Lösungsmaßnahmen erkennbar. Im Übrigen erschließt sich auch nicht der Sinn, in jedem Bezirksamtsbereich an einer Stelle eine stationäre Fahrradzahlstelle einzurichten.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. den Entwurf eines Bündnisses für den Radverkehr der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation dahin gehend zu überarbeiten, dass die bezirklichen Gremien nicht nur angemessen beteiligt werden, sondern auch ihre umfassenden Beschlusskompetenzen behalten.
2. ferner eindeutige Passagen aufzunehmen, aus denen sich erkennen lässt, in welchem Umfang zukünftig den Bezirken Finanzmittel für den Bau oder die Unterhaltung von Radwegen zur Verfügung gestellt werden.
3. ferner eine Perspektive für den effizienten Ausbau des erfolgreichen StadtRAD-Systems vorzulegen und auf symbolträchtige Fahrradzahlstellen zu verzichten.
4. in dem Entwurf eine klare Perspektive aufzuzeigen, wie die Bürger an zukünftigen Planungen von Radwegen angemessen beteiligt werden und in welcher Form bei

Neuanlage von Radwegen entfallende Bäume oder Parkplätze im näheren Umfeld in Abstimmung mit den bezirklichen Gremien ersetzt werden sollen.

5. dafür Sorge zu tragen, das vorhandene Radwegenetz in allen Bezirken zunächst eingehend zu überprüfen und Ausbaukonzepte zu erarbeiten und abschließend von den Bezirksversammlungen verabschieden zu lassen.
6. der Bürgerschaft hierüber, parallel zur Einbringung der Drucksache zum Bündnis für den Radverkehr in die Bürgerschaft, zu berichten.